

Die deutsche Wirtschaft von den 1980er bis zu den 2000er Jahren

I. »The Great Moderation«: Makroökonomische Entwicklung

a. *Wirtschaftswachstum*. Seit den frühen 1990er J. wuchs das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) jährlich um knapp 1,5% (auf pro-Kopf-Basis um gut 1%). Sowohl in der BRD als auch in anderen großen entwickelten Volkswirtschaften ging nach den 1980er J. die Schwankung des Wachstums um den Trend (Volatilität) deutlich zurück (CHEN 2011: 14), in der BRD nach der Wirtschaftskrise im Gefolge der Wiedervereinigung (Ende 1991–Anfang 1993). Diese als *Great Moderation* bezeichnete Tendenz ist ein charakteristisches Merkmal der 1980er–2010er J.; die globale Krise 2008/09 scheint sie nur temporär unterbrochen zu haben. Parallel gingen auch Inflationsraten auf 2% u. weniger zurück u. schwankten auch weniger. Erklärungen existieren v. a. zu den USA.

b. *Erklärung I: Informationstechnische Revolution und Lagerhaltung* (KAHN et al. 2002). (1) *Hypothese*. Unterstellt wird, dass Unternehmen ein stabiles Verhältnis zwischen Lagerhaltung u. Absatz anstreben. Lagerhaltung kann dadurch die Volatilität der Produktion erhöhen, denn nach einem (positiven oder negativen) Nachfrageschock müssen Unternehmen nicht nur das Produktionsvolumen anpassen, sondern auch die Abweichung vom gewünschten Lagerbestand korrigieren. Je rascher Unternehmen von Nachfrageänderungen erfahren, desto weniger weichen effektive von gewünschten Lagerbeständen ab u. desto geringer ist somit die Volatilität der Produktion. These: Die Ausbreitung von Informationstechnik in Unternehmen ab den 1980er J. erlaubte bessere Information über künftigen Absatz u. kürzere Produktionszyklen, somit geringe Lagerbestände u. geringere Volatilität von Lagerbeständen. – (2) *Anekdotische Evidenz*. Optimale Lagerhaltung war bis 1980er Jahre ein wichtiges Forschungsgebiet der nach dem 2. WK entstehenden Wirtschaftsinformatik. Die Verbreitung des Einsatzes von Informationstechnik (PC on every desk; Netzwerke) ab den 1980er J. erleichterte die Anwendung diesbezüglicher Methoden. Ursprünglich bei Toyota entwickelte Management-Methoden der *Just in Time*-Fertigung u. des *Lean management* wurden seit den 1980er J. popularisiert.

c. *Erklärung II: Kreditexpansion (»Finanzialisierung«)*. (1) *Hypothese in engerem Sinn*. Die informationstechnische Revolution sowie finanztechnische Innovationen machten es ab den 1980er J. Banken leichter, die Bonität von Schuldnern einzuschätzen. Besicherungsanforderungen gingen dadurch zurück, u. kleine Unternehmen sowie Haushalte gelangten leichter an Kredit. Dies stabilisierte die Nachfrage nach Konsumgütern, da Einkommensschwankungen leichter mit der Aufnahme von Krediten überbrückt werden konnten (DYNAN et al. 2006). – (2) *Kontext: Lösung der Kreditexpansion von der Geldmengenentwicklung* (SCHULARICK/TAYLOR 2012). Spätestens seit ca. 1970 löste sich in allen entwickelten Volkswirtschaften das Kreditwachstum von der Entwicklung der Geldmenge, u. der Quotient Bankforderungen/BIP legte stetig zu (»Finanzialisierung«). Deregulierung des Bankwesens u. finanztechnische Innovationen ermöglichten diese Entwicklung. Wichtiges Beispiel: Verbriefung (*Securitization*). Dabei werden Bankforderungen (z. B. Hypothekendarlehen) gebündelt u. darauf handelbare Wertpapiere ausgestellt.

d. *Erklärung III: Wandel der Geldpolitik*. Gegen E. 20. Jh. verfolgten Zentralbanken zunehmend einen geldpolitischen Ansatz, der an einem Inflationsziel orientiert ist (Europäische Zentralbank: Unter, aber nahe 2%; MISHKIN/POSEN 1997). Dieser Politikwandel trug zur Stabilisierung von Inflationsraten bei. Seinerseits erleichterte dies die Erwartungsbildung von Unternehmen, was zur Verringerung von Schwankungen der Produktion führte (GONZÁLEZ CABANILLAS/RUSCHER 2008). Durch die Orientierung an einem Geldmengenziel ab 1976 gilt die Deutsche Bundesbank als Vorläuferin geldpolitischen Wandels hin zur Orientierung an einem Inflationsziel. Da die Verringerung der BIP-Volatilität deutlich später einsetzte, scheint diese Erklärung für die BRD unwichtig.

e. *Erklärung IV: Flexibilisierung und Ausweitung von Märkten*. In integrierten Märkten haben lokale Schocks schwächere Wirkungen, da sie sich weiter verteilen u. dadurch leichter absorbiert werden. Europäische Integration (§2) u. zweite Globalisierungswelle (§3) trugen somit vermutlich zur *Great Moderation* bei.

2. Die 1990er Jahre als dynamische Phase der europäischen Integration

a. *Die Gründung der Europäischen Union*. (1) *Die drei Säulen der EU*. Der Vertrag von Maastricht (1992) vereinigte die bisherigen Gemeinschaften (unter anderen EWG, vgl. 14.06.22, §3.c) unter einem Dach u. etablierte die Zusammenarbeit in der Außen- u. Sicherheitspolitik sowie polizeiliche u. justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen als zwei weitere Säulen der EU. – (2) Er etablierte den *Binnenmarkt* mit dem Ziel der *vier Freiheiten*: (i) Freier Warenverkehr (Zollunion; neu auch einheitliche Warenerzertifizierung: CE-Kennzeichnung); (ii) Personenfreizügigkeit; (iii) Dienstleistungsfreiheit; (iv) freier Kapitalverkehr. – (3) Absichtserklärung zu einer *Wirtschafts- und Währungsunion*.

b. *Die Wirtschafts- und Währungsunion – der Plan* (JAMES 2012). 1989 Plan des sog. Delors-Ausschusses zum Aufbau einer Wirtschafts- u. Währungsunion. Dieser wurde in den Vertrag von Maastricht (1992) übernommen. Stufe I: Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen, wurde 1990 auch von etlichen Ländern umgesetzt. Stufe II: Ab 1994 Einrichtung des Europäischen Währungsinstituts u. verstärkte Kooperationsmechanismen zur Erzielung von Konvergenz der Geld- u. Fiskalpolitik (wichtig: Angleichung der Zentralbankstatute). Stufe III: Währungsunion, spätestens zum 01.01.1999. Der Eintritt eines Landes in die Währungsunion sollte von der Erfüllung von 4 Konvergenzkriterien abhängig gemacht werden: (1) Enge Schwankungen des Wechselkurses; (2) geringe Abweichung der Inflationsrate von derjenigen der 3 Länder mit der höchsten Stabilität; (3) Senkung der Staatsverschuldung auf max. 60% des BIP u. (4) der Neuverschuldung des Staats auf max. 3% des BIP.

c. *Die Ausgestaltung der Währungsunion*. (1) *Einheitliche Währung*. Euro als Rechnungswährung ab 1999, als gesetzliches Zahlungsmittel ab 2002. – (2) *Europäische Zentralbank*. Einheitliche Geld- u. Währungspolitik ab 1999. – (3) *Stabilitätspakt*. Länder haben Stabilitätskriterien (§2.b) dauerhaft zu erfüllen. Werden sie von einem Land nicht erfüllt, kann die Kommission Sanktionen aussprechen. – Derzeit sind 19 der 28 EU-Mitglieder Mitglied der Währungsunion (sog. »Euro-Zone«). Ergänzend 2014 Bankenunion (Mechanismus zur Überwachung u. Abwicklung von Geschäftsbanken). Die

Durchsetzung des Stabilitätspakts erfolgt kaum; weitere Integrationsschritte (insbes. Fiskalpolitik) sind bisher nicht erfolgt.

d. *EU-Osterweiterung*. 2004, 2007 u. 2013 (Kroatien) wurden v. a. Länder des frühen Ostblocks in die EU aufgenommen, was Grundlage für eine Vertiefung der Arbeitsteilung zwischen Ostmitteleuropa u. Deutschland bildete (z. B. Slowakei als wichtiger Produktionsstandort deutscher Automobilproduzenten; Polen als Standort für Call Center u. IT-Dienstleistungen).

3. Die zweite Globalisierungswelle

a. *Allgemeines*. In den 1980er J. setzte ein 2. Globalisierungsschub ein, der die Verflechtung von Volkswirtschaften durch Handel deutlich über das um 1880 (davor 1. Welle der Globalisierung) erreichte Niveau anob. Indikator: Offenheitsgrad = (Exporte + Importe) / BIP. Dieser Indikator stieg in der BRD deutlich stärker als in anderen europ. Ländern.

b. *Globalisierungskräfte*. (1) *Informationstechnische Innovationen* erleichterten grenzüberschreitenden Handel u. die grenzüberschreitende Koordination von Unternehmen. Letzteres begünstigte das Wachstum international tätiger Industrieunternehmen. – (2) *Deregulierung von Finanzmärkten* förderte grenzüberschreitender Kapitalflüsse. – (3) *Handelsliberalisierung*. Zollsenkungen im Rahmen der Tokio-Runde (1973–79) u. der Uruguay-Runde (1986–1994) innerhalb des GATT (14.06.22, §2.a) erleichterten internat. Handel. Große Entwicklungsländer öffneten ihre Außenwirtschaften u. wurden dadurch innert kurzer Zeit zu wichtigen Teilnehmern des internationalen Handels. Am wichtigsten war die Liberalisierung des Außenhandels von China u. Indien (beide 1979).

c. *Wandel der Güterstruktur des Welthandels*. Dominanz von Industriegütern (2017 70% des Welthandels). Mit dem relativen Preisverfall von Erdöl seit den frühen 1980er J. sank der Anteil der Energieträger. Agrargüter stellten in der ersten Welle der Globalisierung im 19. Jh. wichtige Gegenstände des Welthandels dar. 2017 machten sie noch 10% des Welthandels aus. Welthandel nahm somit stärker die Gestalt von interindustriellem Handel an. (Interindustrieller Handel: Länder tauschen Güter unterschiedlicher Branchen aus; Intraindustrieller Handel: Länder tauschen Güter derselben Branche aus.)

d. *Exkurs I: Das Theorem des komparativen Vorteils*. Spezialisiert sich ein Land auf die Herstellung derjenigen Güter, deren Inputs relativ reichlich verfügbar sind, realisiert es einen Wohlfahrtsgewinn. Inputs sind Produktionsfaktoren; klassisch: Boden, Arbeit, Kapital. Dem Theorem liegt das Argument zugrunde, dass durch die Spezialisierung die Beschäftigung (u. damit die Entlohnung) der reichlich vorhandenen Produktionsfaktoren steigt u. Engpässe bei knappen Faktoren gelindert werden. Beispiel Deutschland im späten 19. Jh: Bei hoher Arbeit/Land-Faktorproportion absorbierte die Spezialisierung auf Industriegüterproduktion den ländlichen Arbeitskräfteüberhang → Anstieg von Reallöhnen. Auf der Basis von komparativem Vorteil entsteht in der Regel interindustrieller Handel. Berücksichtigt man als zusätzlichen Produktionsfaktor Humankapital, so kann das Theorem auch intraindustriellen Handel erklären.

e. *Exkurs II: Humankapital und Spezialisierung entlang von komparativem Vorteil*. Def. Humankapital: Auf die Erzeugung knapper Güter bezogene Fähigkeiten u. Bestände

an Wissen. Länder mit einer guten Ausstattung an hochqualifizierten Arbeitskräften (im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren) weisen einen komparativen Vorteil bei der Produktion hochtechnologischer Güter auf. Länder mit vergleichsweise zahlreichen wenig qualifizierten Arbeitskräften weisen einen komparativen Vorteil bei der Produktion arbeitsintensiver Industriegüter auf. Nationale Organisation von Bildungssystemen u. Mobilitätsbarrieren halten Differenzen hinsichtlich Faktorproportionen stabil.

f. *Die Spezialisierung Deutschlands auf humankapitalintensive Produkte*. Indikator: RCA-Werte (RCA: Revealed Comparative Advantage, Komparative Wettbewerbsfähigkeit). Definition RCA-Wert: $\ln([x/m] / [X/M])$, wobei x Exporte eines bestimmten Sektors, m Importe eines bestimmten Sektors, X Exporte bzw. M Importe der gesamten Volkswirtschaft darstellen. Der RCA-Wert ist ein Maß für die Spezialisierung einer Volkswirtschaft korrigiert um Ungleichgewichte der Leistungsbilanz. Untersucht wird hier der Zusammenhang zwischen dem Anteil von Nicht-Facharbeitern in einem Sektor u. dem RCA-Wert. 1970 existierte noch kein Zusammenhang, bis 1995 bildete sich ein negativer Zusammenhang heraus (HEITGER et al. 1999: Kap. D.I). Im Zuge der zweiten Globalisierungswelle spezialisierte sich Deutschland somit auf fähigkeits- und wissensintensive Produkte, nicht zuletzt Maschinen, die in Ländern mit großen Arbeitskraftreserven zum Einsatz kamen. Umgekehrt wurden arbeitsintensive Erzeugnisse vermehrt importiert, u. die entsprechenden Branchen erfuhren im Inland einen Niedergang (z. B. Textilindustrie im Westmünsterland).

Zitierte Literatur

- GONZÁLEZ CABANILLAS, Laura und Eric RUSCHER: »The Great Moderation in the Euro area: what role have macroeconomic policies played?«, *European Commission Economic Papers* 331 (2008).
- CHEN, Wenjuan: »On the continuation of the Great Moderation: new evidence from G7 countries«, *SFB 649 Discussion Paper* 2011–60.
- DYNAN, Karen E., Douglas W. ELMENDORF und Daniel E. SICHEL: »Can financial innovation help to explain the reduced volatility of economic activity?« *Journal of Monetary Economics* 35, 1 (2006), 123–150.
- HEITGER, Bernhard et al.: *Handel, Technologie und Beschäftigung* (Tübingen: Mohr Siebeck, 1999).
- JAMES, Harold: *Making the European Monetary Union* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 2012).
- KAHN, James A., Margaret Mary MCCONNELL und Gabriel PEREZ-QUIROS: »On the causes of the increased stability of the US economy«, *Reserve Bank of New York Economic Policy Review* 8 (2002), 183–202.
- MISHKIN, Frederic S. und Adam S. POSEN: »Inflation targeting: lessons from four countries«, *NBER Working Paper* 6126 (1997).
- SCHULARICK, Moritz und Alan M. TAYLOR: »Credit booms gone bust: monetary policy, leverage cycles and financial crises, 1870–2008«, *American Economic Review* 102, 2 (2012), 1029–1061.